
Die West-68er und ihr „Marsch durch die Institutionen“

Versuch, einen Mythos vom Kopf auf die Füße zu stellen

Rudolf van Hüllen

Gibt es einen „langen Marsch durch die Institutionen“, mit dem „die 68er“ spätestens mit Vereidigung des ersten Kabinetts von Gerhard Schröder 1998 die bürgerliche Republik überwältigt haben? Immerhin ist die zahlenmäßige Repräsentanz von (früheren) Revoluzzern in diesem Kabinett eindrucksvoll: Neben dem „antirevisionistischen“ Jungsozialisten Schröder und dem Vizekanzler Fischer aus den Frankfurter „Putzgruppen“ noch drei Minister mit maoistischer, stalinistischer bzw. trotzkistischer Vergangenheit, von den Staatssekretären gar nicht zu reden.

Doch sind die Dinge komplexer, als das schnelle, empörungsbereite Urteil suggeriert. Die Probleme fangen schon beim Mythos „Marsch durch die Institutionen“ an und gehen mit der Frage weiter, wer oder was der „68er“ eigentlich ist.

Mythos „Marsch durch die Institutionen“

Mythen sind neutral oder sogar positiv konnotierte Entsprechungen zum Dämonischen. Der „Marsch durch die Institutionen“ ist zugleich ein kommunistischer Mythos und fester Bestandteil antikommunistischer Bedrohungs-

bilder der bürgerlichen Welt. Er suggeriert gezielte, im Geheimen erfolgende, schwer bzw. gar nicht abwehrbare Gefahren: Der klassische Begriff dafür ist „Unterwanderung“, stets gedacht als organisiertes Vorgehen eines Kollektivs und somit als eine Strategie, die dem bürgerlichen, liberalen und auf Offenheit orientierten Selbstverständnis diametral entgegengesetzt erscheint. Der „Marsch durch die Institutionen“ knüpft begrifflich an den „Langen Marsch“ der Kommunistischen Partei (KP) Chinas zur Macht an, also an einen revolutionären Mythos. Bei genauerem Hinsehen freilich zeigen sich einige Unstimmigkeiten: Der historische „Lange Marsch“ 1934/35 war eine zum Teil desaströse Rückzugsbewegung der angeschlagenen kommunistischen Streitkräfte aus den Zentralprovinzen Chinas in das abgelegene Jenan, bei der sie schon in der ersten Phase die Hälfte ihrer Kräfte verloren.¹ Aus den Erfahrungen des „Langen Marsches“ entwickelte Mao Tse-tung allerdings die Grundzüge seiner Strategie des „lang anhaltenden Volkskrieges“: die Truppen aus dem Land ernähren, widersetzliche Bevölkerungsgruppen rücksichtslos massakrieren, alle Regeln konventioneller Kriegsführung entschlossen aufgeben. Die Unerbittlichkeit und scheinbare Unbezwingbarkeit des Konzepts waren der Stoff, aus dem die Dämonisierung entstand. Die SDS-Aktivisten wussten das zu nutzen: Eine ihrer Zeitschriften hieß nicht unbeabsichtigt *Langer Marsch*. Aber ob es einen gezielten, planmäßig angelegten „Marsch durch die Institutionen“ tatsächlich gegeben hat, davon wird noch zu reden sein.

Die 68er: zwei Generationen

Das Etikett „68er“ verdeckt die Unsicherheit darüber, worum es sich handelt. Eine ganze Generation, die 1968 in der primären politischen Sozialisation steckte und von den Er-

eignissen dieses überaus schicksalsträchtigen Jahres nachhaltig geprägt wurde? Dann verständete sich zunächst von selber, dass die Prägungen für die jugendlichen Teilnehmer des Prager Frühlings andere gewesen sein mussten als für ihre westdeutschen Altersgenossen. Also gibt es zumindest ost- und westeuropäische 68er. Und bei einer Betrachtung der westdeutschen Variante wäre zusätzlich klärungsbedürftig, wie es mit der Vergleichbarkeit ihres französischen Pendants aussieht, dort mit der gleichen Selbstverständlichkeit ebenso „Soixante-huitards“ genannt. Falls die ganze Generation der zwischen 1940 und etwa Anfang der 1950er Jahre Geborenen gemeint ist, wird man gravierende politische Differenzen, aber auch erstaunliche Parallelen bei Lebensstilen und kulturellen Gewohnheiten finden. Umgekehrt kann man 68er einschränken auf diejenigen Polit-Kader, die „1968“ gemacht haben. Dann wird der Kreis wesentlich kleiner, obwohl die „Studentenrevolte“ fünfstelligen Zahlen zu Protesten mobilisieren und noch größeren Anhang emotional mitziehen konnte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) umfasste allenfalls bis zu 2.500 Mitglieder². Gemessen an den seinerzeit 280.000 Studenten an den damaligen (west-) deutschen Hochschulen handelte es sich also um ein eher bescheidenes Reservoir.

Definiert man als 68er die ungefähr zwischen 1940 und 1953 geborenen (linken) Polit-Aktivisten, so umfasste deren Spannbreite im Jahr 1968 den gereiften Studenten, Doktoranden oder Universitätsassistenten bis hinunter zum 15-jährigen anpolitisierten Schüler.³ Den politischen Spuren von 1968 ausschließlich in diesem Segment nachspüren zu wollen, greift zu kurz, zumal von den damaligen exponierten Heroen der Studentenrevolte kaum jemand in exponierte politische oder administrative Funktionen gelangte, eher verblieben sie im Umfeld der Universitäten.⁴

Ganz anders verhält es sich mit der daran anschließenden Generation, den so genannten „K-Grüpplern“. Der

Zerfall des SDS und der „antiautoritären“ Phase der Studentenrevolte mündete seit 1969 in verschiedene „Entmischungsprodukte“. Das auffälligste Moment unter ihnen bildete neben der Entstehung terroristischer Formationen die Gründung autoritär strukturierter kommunistischer, so genannter K-Gruppen, die an unterschiedliche Traditionsstränge des Parteikommunismus anknüpften (Stalinismus, Maoismus, Trotzismus, aber auch revolutionär-linksozialistische Vorbilder).⁵ Einen weiteren, in seiner Größe und Bedeutung unterschätzten Teil sammelte die orthodox-kommunistische, 1968 nach zwölfjähriger Illegalität „neu konstituierte“ DKP ein. Und bei einem ebenfalls zahlenmäßig erheblichen Segment gelang die Integration in die Sozialdemokratie – nicht ganz ohne Reibungsverluste, denn die nunmehr entstehenden „antirevisionistischen“ oder „Stamokap“-Flügel bei den Jungsozialisten in der SPD argumentierten marxistisch und bildeten eine Übergangszone zwischen linken Demokraten und extremistischer Linker. Gerd Koenen konstatiert zu Recht, erst mit dem Eintritt in die Entmischungsphase sei aus der antiautoritären Jugendrevolte eine echte, generationell geprägte Massenbewegung geworden, die Zahl der organisierten Mitglieder der „diversen linksrevolutionären und kommunistischen Parteien“ habe die ganzen 1970er Jahre über bei etwa 80.000 bis 100.000 gelegen.⁶ Das lässt sich nachprüfen, nimmt man die seinerzeitigen Zahlen des Verfassungsschutzes unter Berücksichtigung ihrer, heute aus Archiven nachweisbaren, Fehler zur Grundlage. Der relevante Zeitraum umfasst die Jahre bis 1976/77; danach zeichnet sich wiederum mit dem Aufkommen der anarchistischen Spontis und den Vorformen der Grünen ein Umbruch in der „Neuen Linken“ ab. Dann käme man – Stichprobe 1974 nach Gründung des letzten „K-Gruppen-Nachzüglers“, des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – auf 13.000 Maoisten, 1.200

Trotzkisten und 4.500 „Undogmatische“.⁷ Da seinerzeit einige Organisationen unterschätzt wurden, kann man grob von 20.000 „Neuen Linken“ ausgehen. Im orthodox-kommunistischen Segment gehörten dem DKP-nahen Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) 4.500 Mitglieder an. Die DKP-Jugendorganisation SDAJ täuschte über ihre tatsächliche Stärke sowohl die Öffentlichkeit als auch den Verfassungsschutz. Sie behauptete, 1974 immerhin 29.000 Mitglieder zu haben, die Kölner Extremismusbeobachter billigten ihr 13.000 zu⁸ und irrten dennoch: Es waren im Februar 1974 exakt 8.242.⁹ Die Zahlen beschreiben auch die Neurekrutierungen der DKP aus der Zielgruppe Jugend. Junge DKPler waren fast ausnahmslos in SDAJ oder MSB tätig, selbst wenn sie zugleich der Partei beitraten. Bei den Jungsozialisten schließlich umfassten die „Stamokaps“ und „Antirevis“ selbstverständlich nicht den gesamten, in diesen Jahren erheblichen, Zustrom an jungen Sozialdemokraten, sondern nur wenige Tausend Funktionäre, zu denen man die rund 2.000 Mitglieder des linksextremistischen Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) hinzuzählen muss: Der seiner Mutterpartei SPD zu Beginn der 1970er Jahre entlaufene SHB folgte nahtlos der Linie der DKP, seine Mitglieder besaßen aber überwiegend aus taktischen Gründen noch Parteibücher der SPD¹⁰; hinausgeworfen wurden sie nicht.

Alle diese Organisationen, in denen sich im Zeitraum 1970 bis 1977 die Primärsozialisation der „K-Gruppen-Generation“ vollzieht, sind primär Jugend- bzw. Studentenorganisationen. Die „Standzeiten“ von vielen dort Orientierung suchenden jungen Leuten sind nicht sehr lang; bei den K-Gruppen und der DKP vor allem wegen des rigiden „demokratisch-zentralistischen“ internen Regimes. Man darf davon ausgehen, dass statistisch gesehen die Mitgliedschaft ungefähr alle fünf Jahre komplett ausgetauscht worden ist. Es scheint also nicht unrealistisch anzunehmen,

dass um die 80.000 Menschen in diesen Zusammenhängen ihre politische Primärsozialisation erfahren haben. Als K-Gruppen-Generation könnte man demnach die politische Linke der Geburtsjahrgänge 1954 bis allenfalls 1960 bezeichnen: An ihrem älteren Ende standen Aktivisten, die 1970 beim Zerfall des SDS sechzehn Jahre alt waren, an ihrem jüngeren jene, die sich 1977 mit sechzehn oder siebzehn Jahren noch in eine maoistische Organisation verirrt. Sie waren eher ein Auslaufmodell: Die „Post-68er“ standen vor der Tür.¹¹

Zahlenmäßig bedeutender und politisch prägender für die Gesellschaft als die „Original-68er“ der Jahrgänge 1940 bis 1953 sind also deren Epigonen, die links sozialisierten Polit-Aktivisten der Jahrgänge 1954 bis 1960.

Die Sozialisationselemente der 68er: Versuch einer Annäherung

Natürlich gibt es keine Statistiken oder sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen politisch-extremistischer Sozialisation und späteren Karrieren in dem ursprünglich verachteten demokratischen System. Ersatzweise kann man sich einzelne Biografien vornehmen. Das ist gewiss unterhaltsam, aber wenig aufschlussreich, weil es keinen Schlüssel für systematische Aussagen liefert. Auch ist es nicht ganz risikolos: Nicht jeder frühere Aktivist hat die gleiche Contenance bei der Diskussion um seine Vergangenheit wie Joschka Fischer. Verbreitet herrscht Amnesie. Offensiver ist ein Kokettieren, indem man sich zu seiner Vergangenheit „bekennt“ – das schließt nur in seltenen Fällen eine Entschuldigung für das Angerichtete ein.¹² Unangenehmer sind jene Zeitgenossen, die gegen die Diskussion über ihre Vergangenheit die bürgerliche Justiz anrufen. Man findet

sie mit steigender Häufigkeit, je näher man dem orthodox-kommunistischen Segment der 68er kommt. Schließlich ist für die Freunde (und manchmal nachrichtendienstlichen Mittäter) der SED-Diktatur die Existenz von Meinungsfreiheit ein „Systemfehler“. Eine merkwürdige Symbiose stellt sich dann ein, wenn sie gelegentlich in bestimmten Presserechtskammern auf jene 68er-Richter treffen, die das Gleiche von diesem Grundrecht halten: nämlich nichts.

Eine Schilderung der Biografien und Karrieren von 68ern blieb zumeist ihren politischen Gegnern vorbehalten; die Akteure zogen es in der Regel vor zu schweigen. Das „Outing“ durch die Gegner war von unterschiedlichen Motiven bestimmt, manchmal galt es – von ganz links – der „Entlarvung“ und moralischen Vernichtung von Verrätern und „Renegaten“. Auch Kritiker aus dem bürgerlich-demokratischen Lager neigen indessen dazu, Voraussetzungen, Umfang und Ablauf von Lernprozessen im Leben von 68ern für eher nachrangig zu halten.¹³ Deshalb wird hier ein anderer Weg beschritten. Er will klären, was die relevanten „Generationen“ der 68er und der K-Grüppler gemeinsam haben und was sie unterscheidet. Aus den Spezifika der politischen Primärsozialisation erwachsen durchaus nachvollziehbar ähnliche bzw. grundlegend differierende Muster, in denen eine Resozialisierung abgelaufen ist – oder eben nicht.

Beginnen wir mit den gemeinsamen politisch-ideologischen Sozialisationsfaktoren. Die politischen Konzeptionen der 68er bestanden teils in Utopien, teils in absurden Verklärungen existenter sozialrevolutionärer Gewaltsysteme. Unter diesen Voraussetzungen äußerten sie sich vorwiegend als Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung. Kritik als „Widerlegung“ der „falschen“ Realität kommt dabei zumeist ohne den Nachweis funktionsfähiger Alternativen aus. Eine Vielzahl von „Antis“ steht daher zumeist im Vordergrund linker Gesellschaftsentwürfe.¹⁴

Antikapitalismus und Ablehnung auf persönlicher Handlungsautonomie und Freiheit wirtschaftlicher Betätigung beruhender westlicher Gesellschaften bildet naturgemäß den Kern einer Bewegung, die sich dezidiert als neo-marxistisch betrachtet. Als Chiffre für die verhasste angeblich repressive, entfremdende, manipulative, die eigene Bevölkerung und die Dritte Welt ausbeutende „kapitalistische“ Ordnung standen die USA, wie der Slogan „USA – SA – SS“ plakativ ausdrückte. Welche Wirtschaftsmodelle auch immer als Alternative angeboten wurden, alle waren kollektivistisch bestimmt, mehr oder weniger zentralistisch gesteuert, ob es sich nun um unklare Vorstellungen angeblich selbstbestimmter Kommunen, den realen Sozialismus oder den „großen Sprung“ in Maos Wirtschaftskollektivismus der „blauen Ameisen“ handelte. In allen spielen lenkende und leitende Strukturen, die selber nichts produzieren, eine wichtige Rolle. Das hatte Folgen für das Selbstverständnis der Protestgeneration: Sie war absolut staatsfixiert, dachte nie in Kategorien von Effizienz, Produktivität, Konkurrenz und Wettbewerb, sondern stets in solchen von Administration, Bürokratie, Verteilung und Versorgung.¹⁵

Antiparlamentarismus knüpfte notwendig an Antikapitalismus an und trat in den 68er-Generationen in unterschiedlichen Formen auf. Die Sehnsucht nach einer sozial homogenisierten Gesellschaft ließ den mühsamen, auf Ausgleich und Kompromiss pluraler Interessen zielenden Parlamentarismus als bloße Spiegelung marktwirtschaftlicher, also kapitalistischer Ordnung verächtlich erscheinen. Das Gegenmodell kam bei den Antiautoritären anarcho-kommunardisch daher, dann bisweilen rätedemokratisch, wofür mit hohem Abstraktionsniveau das „Sozialistische Büro“ (SB) stand, dann wieder als offene Diktatur des Proletariats bei den K-Gruppen, oder semantisch bemäntelt bei der DKP als „Macht der Arbeiterklasse“. Hart entlang

der Trennlinie zur DKP balancierte das Juso-Segment mit seinen Vorstellungen von „antimonopolistischer Demokratie“, die allerdings anders als bei den orthodoxen Kommunisten nicht als Übergangsform zur Errichtung einer Diktatur des realen Sozialismus verstanden wurde.

Antifaschismus trug auch in der 68er-Generation ein Janusgesicht. Er konnte authentisch und moralisch fundiert sein, wenn er nach Ursachen für den Nationalsozialismus fragte, um eine Wiederholung unmöglich zu machen. Andererseits war er in seiner kommunistischen Version lediglich zynisches Legitimationsmuster für stalinistische Diktaturen. Zudem konnten in beiden Varianten Überschneidungen vorkommen: Selbst authentisch gemeinter Antifaschismus blamierte sich, wenn er zu politischem Klamauk verkam. Dazu musste er nicht einmal als bewusste Entschuldungsstrategie eines „nachholenden Antifaschismus“ gemeint sein, wie Götz Aly den Antifaschismus der Studentenrevolte überscharf pointiert dargestellt hat. Und andererseits: Auch unter den von der DKP rekrutierten 68ern konnte Antifaschismus authentisch sein, wenn jemand beispielsweise aus einer Familie rassistisch oder politisch Verfolgter stammte.

Die im Antifaschismus als Ideologem der 68er angelegten Ambivalenzen treten besonders plastisch bei jener Ohrfeige hervor, die Beate Klarsfeld (Jg. 1939) dem damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger am 7. November 1968 während eines CDU-Parteitages versetzte. Die sorgfältig vorbereitete, symbolisch hoch aufgeladene Attacke traf den Falschen: Kiesinger war trotz seiner früheren Mitgliedschaft in der NSDAP kein „Hardliner“ oder „Rechter“, sondern ein Politiker, der mit dem studentischen Protest geradezu skrupulös umging.¹⁶ Umgekehrt hatte die Täterin mit Serge Klarsfeld nicht nur den Sohn einer rassistisch verfolgten Familie geheiratet. Der Ehemann war auch Mitglied jener französischen KP, die zwischen 1940

und Mai 1941 auf sowjetische Weisung intensiv mit den Nazis kollaboriert und sich erst danach zur „Résistance“ stilisiert hatte. In Deutschland wurde die „Attentäterin“, anwaltlich vertreten durch den Kommunisten und heutigen Nazi und notorischen Antisemiten Horst Mahler, im Schnellverfahren einerseits mit einer Haftstrafe belegt, die nicht nur nach heutigen Rechtsmaßstäben ziemlich unverhältnismäßig erscheint. Sie zeigte sich andererseits agitatorisch versiert, ließ sich im *Neuen Deutschland* als Opfer präsentieren und webte ihre Aktion später literarisch in den Kitsch sowjetkommunistischer Geschichtsklitterung ein. Schließlich fügte die deutsch-deutsche Situation weitere Irritationen hinzu: Das Ministerium für Staatssicherheit hatte die Klarsfelds bei ihren Aufenthalten in Berlin betreut und mit Material gegen Kiesinger gefüttert.¹⁷ Und SED-Politbüro-Mitglied Albert Norden, zuständig in seiner Partei für die Arbeit gegen die Bundesrepublik, war von der Ohrfeige derart entzückt, dass er unverzüglich veranlasste, der Klarsfeld 2.000 DM zwecks „Unterstützung“ für „weitere Initiativen“ zukommen zu lassen, allerdings „aus Sicherheitsgründen offiziell als Honorar“ für einen Aufsatz in einer DDR-Zeitschrift.¹⁸

Antifaschismus verband sich für die deutschen 68er in der Regel mit *Antinationalismus*. Wenn eine nationalistische Bewegung in Deutschland zu Auschwitz geführt hatte, durfte man als Linker nur antinationalistisch sein. In Teilen der K-Gruppen-Generation, so beim KB, dann in Teilen des „fundamentalistischen“ Flügels der Grünen, rief dies ausgewachsene Wahnvorstellungen hervor: In den Deutschen sei etwas genetisch angelegt, das notwendig zu Krieg und Völkermord tendiere.¹⁹ Die 68er konnten sich auch kaum mit rationalen Formen der Distanz zum Nationalismus begnügen, also etwa mit dem gesellschaftlichen Konsens gegen Rechtsextremismus und mit einem Bewusstsein der Verantwortung vor der Geschichte. Ihre anti-

parlamentarische und antikapitalistische Wahrnehmung machte es ihnen (zunächst) unmöglich, in der gelungenen Westbindung und im Verfassungspatriotismus positive Anknüpfungspunkte zu finden.

Die dialektische Kehrseite jenes habituellen Antinationalismus mit seinem Verständnis der deutschen Teilung als Strafe für Auschwitz aber bestand darin, die SED-Diktatur aus der politischen Wahrnehmung auszuklammern. „Sie hatten“, schrieb Stefan Wolle aus der Sicht eines 1968 in der DDR Studierenden über die SDS-Aktivisten, „das Elend der ganzen Welt im Blick und übersahen das Unrecht vor der eigenen Haustür. Gegen die Unterdrückung der Freiheit in der DDR und die Mauer protestierten sie nicht, obwohl ein Teil der Protestierer, wie Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, aus dem Osten stammte.“²⁰ Dabei waren schon 1968 die SED und der „stalinistische Flügel“ des SDS, wie die orthodoxen Parteikader im Verband herabsetzend genannt wurden, behilflich, nachdem sie auf sowjetische Weisung ihre gesamtdeutschen Optionen fallengelassen hatten. Aber das Ausmaß der Ausblendung einer unmittelbar benachbarten Diktatur überrascht doch: Als Dutschke und seine Freunde 1967 an Modellen für eine Räterepublik in West-Berlin bastelten, hielten sie den Umstand der vollständigen Einschließung der Stadt durch sowjetische Gardedivisionen nicht einmal für erwähnenswert; die reale Teilung Europas war in ihren Utopien schlicht ein weißer Fleck geblieben.

Erst Teile der späteren K-Gruppen-Generation entdeckten, vermittelt über die „Theorie der drei Welten“²¹ des „großen Vorsitzenden“ Mao, auch den realen Sozialismus wieder: Nunmehr negativ als „Sozialimperialismus“, der – soweit immerhin korrekt – in Gestalt der Sowjets und ihrer Lakaien die ostdeutsche Arbeiterklasse unterdrücke. Diese Sichtweise – im Wesentlichen nur von der KPD/AO und vom KBW vertreten – war in der Linken nie hegemonie-

fähig, nicht zuletzt weil die DKP und ihre Hilfstruppen alle zur Verfügung stehenden Mittel zu ihrer Bekämpfung einsetzten.

Im Großen und Ganzen behaupteten sie dabei nicht nur die Lufthoheit, es gelang ihnen auch, Vorbehalte gegen die SED-Diktatur immer stärker abzubauen. Jener „diskrete Charme“ der DDR war nicht zuletzt das Werk sorgfältiger nachrichtendienstlicher Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit unter geneigten oder direkt als Agenten geworbenen Journalisten und Meinungsbildnern aus der 68er-Generation.²²

Das Segment der „Äquidistanz“-Politiker, die gleichen Abstand zu den „Supermächten“ USA und UdSSR empfahlen, wurde nicht einmal in den Grünen mehrheitsfähig. Paradox: Petra Kelly kämpfte für beidseitige Abrüstung, für Menschenrechte und die Friedensbewegung in der DDR – an der Seite von Gert Bastian, der vom MfS und der Gruppe „Generäle für den Frieden“ an der langen Leine geführt wurde.

Von hier war der Weg kurz zum *Antiimperialismus*. Er wäre denkbar gewesen als „Antihegemonismus“ und Äquidistanzdenken, stellte aber genau das zunächst nicht dar. Vielmehr gefiel sich linker Antiimperialismus der 68er als meist romantische, manchmal auch handfeste Verehrung für „Befreiungsbewegungen“ und revolutionäre Regime (Aktion „Eine Mark für eine Kugel“ der KBW-Abspaltung Bund Westdeutscher Kommunisten oder „Waffen für El Salvador“ des KB). Dabei war die Begeisterung für die simbabwische ZANU noch eine harmlose Variante – die Wandlung des „Freiheitskämpfers“ Mugabe zum Wahlbetrüger, Bankrotteur und Totschläger konnte man schließlich nicht ohne weiteres voraussehen. Frappierender waren – neben der gewohnheitsmäßigen Parteinahme für realsozialistische Diktaturen und Terroristen durch die DKP und ihr Umfeld – die Bejubelungen der terroristischen Massenverbrechen Maos

und Pol Pots. Dies waren vom sozialetischen Unwertgehalt her richtig kriminelle Akte, denn die Fakten waren bei einiger intellektueller Anstrengung erkennbar und die Täter, besonders die leitenden Kader der Revolutionsposen – nicht mehr im Alter jugendlicher Unschuld: Christian Semler (Jg.1938) betreibt genau da Geschichtsklitte- rung, wenn er einen „deutlichen Trennungsstrich“ zwischen der „radikalen Linken“ (die im Übrigen eine mili- tant-extremistische war) und dem Terrorismus zu ziehen bemüht ist. Auch wenn Semler es bestreitet: Es ist durchaus legitim, den „antiimperialistischen Kampf der Linken in den 1960er und 1970er Jahren in die Nähe terroristischer Gewalt“²³ zu rücken – zumindest für die 1970er Jahre, in denen die Studentenrevolte aus dem Stand ihrer „antiautoritä- ren Unschuld“ herausgetreten war. Dass es zwischen dem Aufbau eigener terroristischer Strukturen und der Unter- stützung ausländischer Terroristen keinen so großen Unter- schied geben kann, wie uns Semler glauben machen will, belegt seit Beginn dieses Jahrtausends die Erfahrung mit dem islamistischen Terrorismus.

*„Original-68er“ und K-Gruppen-Epigonen:
die Unterschiede*

Die Gemeinsamkeiten der beiden zusammengehörenden Generationen sollten nicht die gravierenden Unterschiede verdecken. Es ist allgemein herrschende Ansicht, dass sich bei der Entmischung der Studentenrevolte geradezu gravierende Brüche in der politischen und ideologischen Ausrichtung, im Organisationsverständnis und im Akti- onsstil vollzogen haben.

Das beginnt mit dem Anspruchshorizont: Der SDS wurde aufgegeben, weil ihn als studentische Organisation niemand mehr wollte. Die längst dissonanten Akteure hat-

ten Größeres im Sinn: den Aufbau proletarischer Parteien mit dem Auftrag „Weltrevolution“. In der Auflösungs-erklärung vom März 1970, nicht zuletzt vollstreckt durch den Funktionär Udo Knapp, später Funktionär der Grünen und dann für die SPD stellvertretender Landrat auf Rügen, hieß es: „Der politische Kampf der Gruppen, die aus der anti-autoritären Revolte hervorgegangen sind, wird heute zentral bestimmt von den Perspektiven des Klassenkampfes und der Organisation des Proletariats.“²⁴

Die Brüche betrafen die konkrete Ausprägung einiger der bereits aufgezählten „Antis“:

Natürlich blieb es beim *Antikapitalismus*. Aber nunmehr war Schluss mit den unklaren, oft existenzialistisch verbrämten antikapitalistischen Entfremdungs- und Manipulationstheorien aus der Hexenküche der „Frankfurter Schule“, die nicht selten ins Psychologisierende abdrifteten und damit dem Lehrsatz widersprachen, dass Marxismus eine „materialistische Wissenschaft“ sei. Jetzt wurden die Klassiker geschult: Nicht nur die vierzig blauen Bände Marx/Engels-Werke, sondern vor allem die genauso zahlreichen der Lenin-Werke rückten in die Bücherregale. Oft flankiert von den dreizehn Bänden der Werke Stalins, aber vor allem von den in der alten Bundesrepublik in hohen Auflagen verkauften Werke Mao Tse-tungs. Die gemessen an der Stringenz Stalins einigermaßen wirren „Mao Tse-tung-Ideen“ wurden zu Sprachhülsen von erheblicher Bestandskraft eingedampft. Noch in den 1980er Jahren forderte die KPD/AO-Kaderin Antje Vollmer im innerparteilichen Machtkampf der Grünen „Bombardiert das Hauptquartier!“ und das „Neue Denken“ des Genossen Mao fand später über karrierebeflissene Jünger seinen Weg in das modische Geschwätz von Consulting-Firmen.²⁵ Die Kapitalismuskritik wurde dogmatisiert, ein mental tief verankerter, nicht mehr rational hinterfragter Bestandteil des Lebensgefühls.

Der *Antifaschismus* verlor insbesondere in seiner Rolle als sowjetischer Geschichtsmythos seinen Stellenwert bei jenen Organisationen, die sich kompromisslos dem Vorbild Volksrepublik China zuwandten. Für die Maoisten spielte er mangels mit dem europäischen Kontext vergleichbarer historischer Erfahrungen keine nennenswerte Rolle und die deutschen Anhänger des „großen Steuermanns“ übernahmen wie üblich die „Linie“.

Der *Antiimperialismus* differenzierte sich je nach maoistischer oder orthodox-kommunistischer Ausrichtung bis zur gegenseitigen Feindseligkeit aus. Für die maoistisch ausgerichteten K-Gruppen bedeutete dies: Aufgrund ihrer gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus“ gerichteten Politik tauchte in ihrem Wahrnehmungshorizont Osteuropa wieder auf. Zuerst 1980, in der polnischen Krise, geriet damit auch die sowjetische imperiale Repression in den Blick. Der „Parteiauftrag“ gegen den „Sozialimperialismus“ bewirkte erste Kontakte zu oppositionellen Gruppen im sowjetischen Machtbereich, transportierte Sichtweisen und Erfahrungen. Und irgendwann war aus dem Antiimperialismus die Wahrnehmung einer massiven Verletzung von Menschenrechten entstanden. Erfahrungen mit den „Agenturen des anderen Blocks in der Friedensbewegung“ (Bahro), der DKP, halfen bei Erkenntnisprozessen: DKP, ihre Hilfsorganisationen, ihr Kollaborationsumfeld aus dem linken demokratischen Spektrum, auch das Ministerium für Staatssicherheit, hatten verschiedene Unternehmen der Linken, die bei der Kritik an Menschenrechtsverletzungen auch realsozialistische nicht ausnahmen, schon in den 1970er Jahren massiv sabotiert. Von dort war es nicht mehr sehr weit zu der Erkenntnis, dass die SED-Diktatur ein Homunkulus des sowjetischen Systems war und damit erschien die „deutsche Frage“, bisher als „revolutionäre Vereinigung der deutschen Arbeiterklasse“ behandelt, in erheblich anderem Profil auf der Agenda.

Neben diesen Wandlungen zentraler Ideologeme innerhalb der „Neuen Linken“ gab es auch ganz entscheidende Brüche, die direkt die politische Praxis, insbesondere Aktionsstil und Organisationsverständnis, betrafen.

Die „Original-68er“ waren im wörtlichen Sinne *anti-autoritär*. Ihr Aktionsstil umfasste spezifische Mittel, u. a. das Happening, die Provokation, das Sit-in (als Blockade, nicht als aktiv gewaltsame Aktion), die Störung normaler und alltäglicher Abläufe durch Mittel der Überzeichnung und Lächerlichmachung. Demonstrationen waren eher keine vorher angemeldeten und mit der Polizei bis zur Verkehrsregelung abgesprochenen „Latsch-Demos“²⁶, aber auch nicht als Straßenschlachten angelegt. Eher zielten sie, wie die berühmte „Spaziergang-Demonstration“ vom Dezember 1967, bei der sich auf dem Kurfürstendamm SDS-Gruppen zu kleinen Manifestationen zusammenrotteten, aber ebenso schnell wieder zerstreuten, wenn Polizeikräfte im Anmarsch waren, darauf, die Hilflosigkeit der Staatsmacht gegenüber provokanten Aktionsformen zu demonstrieren.

Dies alles wich mit der K-Gruppen-Phase einem anderen Stil: Das Referenzmodell der zumeist studentischen Akteure waren nun die revolutionären Kämpfe der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Das Leitbild bildete die „Levée en masse“ des 19./20. Jahrhunderts, die marschierenden Kolonnen der Massenheere des Ersten Weltkrieges, der Kampfverbände der Zwischenkriegszeit, streng diszipliniert, mit eingeübten Riten, Uniformen, Kampfsymbolen. Stets standen sie bereit, die Straßenkampf-Romantik des Hamburger Aufstandes der Kommunisten 1923 und der Schlägereien zwischen Rotem Frontkämpferbund und SA neu zu inszenieren. Faschistische Ästhetik war bei diesen historischen Zitaten subkutan immer mit im Bild. Ganz undenkbar, dass sich hier Fritz Teufel oder Dieter Kunzelmann eingereiht hätten. Und doch waren die

„Bataillonskommandeure“ der ML-„Revolutionsarmeen“ nicht selten Genossen aus der „antiautoritären“ Phase, die nach ihrer Mutation zu kleinen Thälmanns jetzt als Parteiführer ihre Truppen kommandierten. In den 1970er Jahren nahm die Ästhetik der offenen Feldschlacht zwischen Polizei und K-Gruppen geradezu surreale Formen an: In geschlossenen, einheitlichen Formationen rückten K-Grüppler in den großen „Kämpfen“ gegen die norddeutschen Baugelände für Kernkraftwerke vor, bis die Staatsmacht von der ihr vorbehaltenen Luftüberlegenheit Gebrauch machte und mobile Eingreiftrupps mit Hubschraubern einsetzte.²⁷ Und Jahre später wusste mancher distinguierte Ministerialrat mit einer Mischung aus Abscheu und Bewunderung zu berichten, dass der neue, aus einer öko-pazifistischen Partei stammende Minister sein Haus „wie eine Panzerbrigade“ führe. Kein wirklicher Zufall, wenn die Kriegserfahrung des Herrn Minister zum Beispiel vom Kommando über eine Hundertschaft behelmter und vermummter K-Grüppler während der Schlacht um das Baugelände des KKW Grohnde (März 1977) stammte.

Zu den Brüchen zwischen den „Original-68ern“ und ihren Epigonen gehörte ein verändertes *Organisationsverständnis*. Die „Original-68er“ hielten nichts von Politik in Gremien und Institutionen. Sie hatten mit dem Verband deutscher Studentenschaften (VDS) sogar eine brauchbare Lobby-Organisation bewusst heruntergewirtschaftet und aufgegeben. Ihr anarcho-libertäres Selbstverständnis verschwand für fast ein Jahrzehnt von der Bühne des Linksextremismus – von ganz kleinen Refugien wie der Frankfurter Sponti-Szene abgesehen. Stattdessen hielt der „demokratische Zentralismus“ Einzug. Organisation ersetzte alle Formen von Spontaneität und Zufälligkeit. Kommunisten, auch selbsternannte Marxisten-Leninisten, sind Organisationsfetischisten, sie wissen um Lenins Wort, dass die Arbeiterklasse gegen den übermächtigen

Klassenfeind nichts einzusetzen habe außer ihrer Organisation.²⁸ Sie denken in Hierarchien und formalisierten Abläufen. Nichts läuft außerhalb, nichts ohne die Organisation: Wo ein Kommunist ist, da ist die Partei. Die Führung entscheidet, die Entscheidungen sind verbindlich, unbedingt durchzuführen, das Auftreten nach außen ist einheitlich. Für die Beseitigung eventuell abweichender Meinungen gibt es die „unverzichtbaren Organisationsprinzipien“ des „Demozent“, danach „Kritik und Selbstkritik“, das Parteiverfahren, den Ausschluss und notfalls die soziale Ächtung und Stigmatisierung als „Feind“ – die Stalinsche Genickschusspraxis stand ja nicht mehr zur Verfügung.

Als diese Organisationsform in der Formierungsphase der Grünen auf die basisdemokratisch-humanistischen und generell offen eingestellten Umweltschützer, Menschenrechtler und Idealisten traf, erwies sie sich machtpolitisch als absolut überlegen. Selbst aus einer Minderheitenposition heraus schafften es die K-Grüppler mühelos als organisierte Kollektive, die Vielzahl ihrer extrem individualistisch eingestellten und wenig koordiniert handelnden Gegner zu marginalisieren. Die „Basisdemokratie“ der Grünen wurde zum idealen Manöverfeld der organisierten Zentralisten – bis zum völligen Sieg: „Meine Basis ist gut erzogen; sie tut, was wir für sie entschieden haben“, erklärte dem Autor Anfang der 1980er Jahre ungeniert zu sehr vorgerückter Stunde ein einflussreicher Funktionär der Alternativen Liste Berlin (AL Berlin) in einer Bonner Nachtkneipe. Erfahrungen in „Gremienpolitik“, präzise Beherrschung von Geschäftsordnungsfragen, das Aussitzen von widerständigen Vorstellungen, auch die schiere Fähigkeit, länger wach zu bleiben bei den endlosen Parteitagen; später – in Amt und Würden – das verständige Studium von Verwaltungs- und Dienstvorschriften, sicherten den K-Gruppen-Protagonisten mit ihrer Resozialisierung in die Partei der Grünen beispiellose Karrieren.

Wirkungen

Betrachtet man die Berufs- und Karrierewege der beiden Varianten der 68er, fallen Unterschiede ins Auge. Sie bestehen nicht nur darin, dass die „Ursprungs-68er“ älter sind und nur zum Teil als Leitungskader bei den K-Gruppen-Generationisten wieder auftauchen.

Exponierte „Original-68er“ findet man in der Politik eher selten. Offenbar hat sich eine gewisse Reserviertheit gegenüber institutionalisierter Politik erhalten. Vor allem aber war dieses personelle Segment beruflich längst saturiert. Viele waren in der Keimzelle ihres Aufbegehrens, den Universitäten, geblieben. Deren kräftiger Ausbau in den frühen 1970er Jahren hatte zahlreiche hoch dotierte Stellen für Lebenszeitbeamte geschaffen, in vielen Fachbereichen ergab sich auch die Möglichkeit, über das Verfassungsprinzip der Freiheit von Wissenschaft und Forschung die eigenen ideologischen Hobbys zu pflegen: „Planstellen gab es plötzlich im Überfluss. An vielen neu gegründeten Universitäten erlangte man Assistenzprofessuren ohne Promotion, Leute wurden zu Lehrstuhlinhabern, die noch nie ein Buch oder einen bedeutenden Aufsatz verfasst hatten. Man sprach von Discount-Professoren.“²⁹ Auch unter ihnen gab es freilich manchen fähigen Kopf. Aber insgesamt bekam den Universitäten der massenhafte Zulauf wissenschaftlicher Dünnbrettbohrer nicht gut. Jahrzehnte saßen sie auf ihren H4-Lebenszeitstellen, oft gewohnt, Wissenschaft durch verunklarendes Geschwätz im Stile des marxistischen Obskurantisten Herbert Marcuse zu ersetzen. Ihre letzten Exemplare veranstalten bis heute, kurz vor der Emeritierung, praktische Seminare, in denen man lernen kann, wie man Wirtschafts- und Politikgipfel praktisch stört oder sprengt. Die weitaus meisten von ihnen hielten es mit dem Grundsatz, dass einmal für richtig erkannte Theorie weder geändert werden müsse, noch ei-

nen Bezug zur Realität benötigt: „Die Lehren von Marx und Engels sind allmächtig, weil sie wahr sind.“ (Lenin). Und beim Kampf um die geistige Hegemonie hielten sie Pluralismus prinzipiell für überflüssig: Ganze Fakultäten, bevorzugt sozialwissenschaftlicher oder philologischer Richtung, verwandelten sich jahrelang in Kampffelder, auf denen mithilfe der Drittelparität verschiedene Fraktionen von Linksextremisten um die Vormacht kämpften. In einzelnen Fällen entstanden, wo die Organisationskraft ausreichte, wie beispielsweise im Falle der DKP in Marburg, nahezu aseptisch reine Parteihochschulen, in deren Berufungsinstanzen sich die 68er-Generation reproduzierte.

Die zahlenmäßig weit größere K-Gruppen-Generation fand auf diesem Feld nicht selten schon eine Politik der besetzten Stühle vor. Sie teilte mit den „Original-68ern“ die Überzeugung, dass sie nach Universitätsabschluss das selbstverständliche Anrecht auf eine Lebenszeitstelle im öffentlichen Dienst haben müsse. Nur war klar, dass diese sich im Verwaltungsdienst, in der Justiz und vor allem im Schulwesen befinden würde. Weit verbreitete Staatsfixierung und Versorgungsmentalität erklären den bemerkenswerten Erfolg der von der DKP entfesselten „Berufsverbote“-Kampagne. 1972 hatten die Ministerpräsidenten der Länder sich mit dem so genannten „Extremistenbeschluss“ erlaubt, darauf hinzuweisen, dass die beamtenrechtliche Treuepflicht auch Verfassungstreue einschließe, mithin der öffentliche Dienst nicht als Versorgungsanstalt für Berufsrevolutionäre gedacht sei. Weit über den Kreis der tatsächlich Betroffenen hinaus wurde das als „Menschenrechtsverletzung“ wahrgenommen, und wer auch nur den Verdacht hatte, drei Monate später als zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf Lebenszeit verbeamtet worden zu sein, machte „politische Repression“ geltend. Einem erheblichen Teil auch der K-Gruppen-Generation war die Vorstellung fremd geblieben, dass es neben steuerfinanzierten Beamtenstellen

noch andere Formen der Einkommens- und Wertschöpfung geben könnte.

Als politisches Betätigungsfeld boten sich Ende der 1970er Jahre die großen neuen sozialen Protestbewegungen an: Anti-AKW, Frauen, Ökologie und Frieden. Dass diese Themen keine originären Kampffelder maoistischer Revolutionäre waren, störte nicht, weil man dort „die Massen“ erreichen konnte. Das politische Substrat der Protestkonjunkturen wurden die Grünen, die wohl erste Neugründung im Parteiensystem der Bundesrepublik mit der Aussicht, die Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden. Die Claims waren schnell abgesteckt: Die KPD/AO übernahm die Alternative Liste Berlin, die KB die Grün-Alternative Liste in Hamburg, der KBW teilte sich mit den „Putzgruppen“ von Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit die hessischen Grünen. Bis zur Klärung der Machtverhältnisse und der strategischen Fragen gab es bekanntlich jahrelange Flügelkämpfe, erst gegen die bürgerlichen Ökologen in der Partei, dann untereinander, manchmal mit schiefer Schlachtordnung. Aber die Beschäftigung mit den Themen der neuen sozialen Bewegungen und die Tätigkeit in parlamentarischen Strukturen nach demokratischen Regeln blieb nicht ohne Folgen: An der Revolution hielten nicht alle fest.

Die Bedingungen für eine politische Resozialisierung der K-Gruppen-Generation auf diesem Wege waren indes recht unterschiedlich. Die Juso-Antirevisionisten und Stamokaps wurden offenbar nur durch den Zusammenbruch des SED-Regimes davor bewahrt, sich mit den Staatssozialisten der SED restlos gemein zu machen. Selbstkritisch räumte einer ihrer Akteure ein: „Offizielle ‚Jugendbegegnungen‘ zwischen dem ‚Zentralrat der FDJ‘ und dem Bundesvorstand der Jusos, Arbeitsgespräche mit DDR-Staatsfunktionären und wiederholte Reisen in die Länder des ‚realen Sozialismus‘ gehörten schon bald zum politischen Routinealltag dieser Politgeneration. ... Wer

sich allzu lange in dieser ‚volkseigenen‘ Luxuswelt für wichtige Staats- und Parteigäste im ‚realen Sozialismus‘ aufgehalten hatte, ... lief Gefahr, die traurige Realität schließlich für unreal zu halten und wurde 1989/90 dafür vom realen Leben bestraft.“³⁰ Anders die ebenfalls vielfach aus der K-Gruppen-Generation stammenden DKP-„Erneuerer“: Sie waren, beeindruckt von den Reformen Gorbatschows und angeekelt von der (aus finanziellen und personellen Gründen) unmöglichen Wandlungsfähigkeit der DKP schon 1988/89 ausgetreten oder aus der Partei geworfen worden. Manche führte der Weg zu den Grünen. Wer nur die halbe Strecke schaffte, fand in der oberflächlich entstalinisierten PDS eine neue Heimat – und wieder eine Option für eine sozialistische „Systemtransformation“.

Ähnlich erging es den Kadern des KB. Er hatte sich zweimal gespalten: 1979 über die Frage, wie man bei den Grünen einsteigen sollte, dann nochmals 1990 über die Frage eines Beitritts zur PDS oder einer ideologisch aseptischen „antideutschen“ Ausrichtung. Vielfach wanderten auch KBler von den Grünen in die PDS weiter, z.B. Jürgen Reents, als hauptamtlicher Kader einer der wichtigeren Ideologen seiner Gruppe, 1983 bis 1985 MdB der Grünen, 1991 Pressesprecher der PDS-Bundestagsfraktion und heute Chefredakteur des *Neuen Deutschland*.³¹ Ein anderes Beispiel ist Ulla Jelpke (Jg. 1951), einst Mitglied des Leitenden Gremiums des KB, dann 1982 bis 1989 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft für den dortigen Landesverband der Grünen. Seit 1990 und wieder seit 2005 MdB der PDS. Die diätenfreie Zeit 2003 bis 2005 verbrachte sie als Inlandsredakteurin der traditionskommunistischen *Jungen Welt*. Die innenpolitische Sprecherin der heutigen „Linken“ wirbt mit Stalinscher Beharrlichkeit für Solidarität mit terroristischen „Befreiungsbewegungen“ und für „antifaschistische“ Bündnisse ihrer Partei mit den Autonomen und der DKP. Tendenziell scheint die Aussage gerechtfertigt

tigt, dass Angehörige des KB vergleichsweise schlechtere Voraussetzungen für eine demokratische Resozialisierung aufweisen.

Das unterscheidet sie von den früh gescheiterten K-Grüplern der KPD/AO (aufgelöst 1980) und den „Nachzügler“ im erst 1973 gegründeten KBW. Beide hatten die Absurditäten einer halluzinierten finalen Krise des Kapitalismus, von drohendem Faschismus und finalem Kampf des Proletariats in der Weltrevolution auf die Spitze getrieben – und sie damit dialektisch in Ernüchterung umschlagen lassen. Die Teilhabe am Formierungsprozess der Grünen glich so auch einer Rückkehr auf den Boden der Realität. Die ursprünglich maoistisch inspirierte Distanz zum Sowjetkommunismus – beim KB war da eher ein freundliches Fremdheitsgefühl vorherrschend – brachte sie in Kontakt zu den Bürgerrechtsbewegungen Osteuropas. Für viele wurde dies eine katalytische Erfahrung, die das Tor für den Ausstieg aus totalitär-linksextremen Zusammenhängen öffnete: In der Polen-Solidarität standen die KBWler plötzlich in „einer Solidaritätsbewegung, in der sich Ex-Maoisten, Noch-Immer-Trotzkisten, Querköpfe wie Heinz Brandt, einige SB-Leute sowie ein paar protestantische und katholische Dissidenten trafen“ – das produktive Aufbrechen monolithischer Weltbilder war vorgezeichnet.³²

Ein organisierter „Langer Marsch durch die Institutionen“, gedacht als „lang anhaltender Volkskrieg“ gegen die Institutionen der bürgerlichen Demokratie, hat daher nicht stattgefunden. Ganz allgemein ist die Masse selbst der kommunistisch sozialisierten K-Gruppen-Generation der Integrationskraft demokratischer Werte und Verfahren erlegen. Ein paar, die wohl strukturell schwierigere Ausgangsvoraussetzungen zu bewältigen hatten, kamen in der Demokratie nicht an. Das ist normal, weil Resozialisierungsprozesse primär individueller Natur sind.

Anders verhält es sich mit der Wahrnehmung des 68er-Erbes. Sie ist in der Masse apologetisch bis geschichtsklitternd. Die zweifellos totalitären Absichten der seinerzeitigen Protagonisten verdienen ebenso eine kritische Aufarbeitung wie die SED-Diktatur. Das kann schmerzhaft sein, zumal die ehemaligen Aktivisten lieber schweigen oder die Dinge im milden Licht historischer Verklärung belassen möchten. Aber nicht ausgeräumt ist die Gefahr, dass ein geschichtsklitterndes Bild von „1968“ von ganz anderer Seite für durchsichtige Zwecke genutzt wird. Wo solche Spezialisten für politische Produktpiraterie angesiedelt sind, weiß man, seit sich die SED 1990 mit dem Etikett „demokratischer Sozialismus“ schmückte. Und tatsächlich gibt es von der absichtsvollen Benennung einer Studententruppe der Rentnerpartei als „SDS“ bis zu einem Kongress „40 Jahre 1968 – Die letzte Schlacht gewinnen wir“ (2. bis 4. Mai 2008 in Berlin) kräftige Aktivitäten dieser Serientäter mit jahrzehntelanger Erfahrung in politischer Manipulation und Geschichtsfälschung. Nicht zuletzt die geläuterten 68er sollten sich diese Vereinnahmung ihrer Biografien nicht gefallen lassen.

Anmerkungen

¹ Neuester Forschungsstand zu dem Unternehmen bei *Chan, Jung / Halliday Jon: Mao. Das Leben eines Mannes. Das Schicksal eines Volkes.* – München: 2005. – S. 175 ff.

² *Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977.* – Köln: 2001. – S. 18.

³ Dazu gibt es naturgemäß unterschiedliche Ansichten. Christian Semler, einst SDS-Funktionär und dann Häuptling der maoistischen KPD/AO, will sie auf 1938 bis 1948 datieren, ein verständlicher Wunsch, denn er selber ist Jahrgang 1938, gehörte also wie Horst Mahler (Jg. 1936) zu den ältesten Exemplaren „gereifter“ Studenten (*Semler, Christian: 1968 im Westen – Was ging uns die DDR an?* In: *APuZ 45/2003*, S. 3). *Gester, Jochen / Hajek, Willi: 1968 – und was dann?* – Bremen: 2002. – S. 412, legen die 68er auf die Jahre 1943 bis 1951.

⁴ Man sehe sich den letzten Führungskreis des SDS aus 21 Funktionären an (bei *Fichter / Lönnendonker*: Kleine Geschichte des SDS. – Berlin: 1977. – S. 120.), so findet man einen Verleger (K. D. Wolff), einen Rechtsanwalt, einen Gewerkschaftsfunktionär, aber sechs Universitätsdozenten; mit politisch herausgehobenen Funktionen: drei DKPler, drei stalinistische K-Grüppler, einen Trotzlisten.

⁵ Für die Entstehung der K-Gruppen nach wie vor am umfassendsten: *Langguth, Gerd*: Protestbewegung. – Köln: 1983.; und zum neueren Forschungsstand: *Kühn, Andreas*: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre. – Frankfurt; New York: 2005. Die wichtigsten K-Gruppen waren erstens die maoistische Kommunistische Partei Deutschlands / Aufbau-Organisation (KPD/AO), 1970 bis 1980, Potenzial: bis zu 1.000 Mitglieder, Führer: Christian Semler; zweitens die stalinistisch-pro-albanische Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten (KPD/ML), gegründet 1968, im Wesentlichen erloschen 1986, Potenzial: bis zu 800 Mitglieder, Führer: Ernst Aust; drittens der Kommunistische Bund (KB), 1971 bis 1990, Potenzial: bis zu 2.800 Mitglieder, geführt von einem „Leitenden Gremium“; viertens der maoistische Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), 1973 bis 1985, Potenzial: bis zu 3.500 Mitglieder, Führer: Hans-Gerhart „Joscha“ Schmierer; fünftens die maoistisch-stalinistische „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), gegründet 1972, Potenzial: bis zu 2.000 Mitglieder, Führer: Stefan Engel. Kaum dazu rechnen möchte man sechstens die diskursiven Trotzlisten der deutschen Sektionen und Resonanzgruppen der „Quatrième Internationale / Secrétariat Unifié“, die es in den 1970er Jahren auf bis zu 600 Anhänger brachten und deren Kader in allen linken Formationen Spuren hinterlassen haben sowie siebtens das bis in die frühen 1960er Jahre zurückreichende rätedemokratische und um Entwicklung linker Theorie bemühte Sozialistische Büro (SB).

⁶ *Koenen*: Rotes Jahrzehnt. a.a.O., S. 18. Die von Koenen vorgeschlagene Zahl ist eher zu hoch, auch wenn man in Rechnung stellt, dass im linksextremistischen Personenpotenzial die DKP alleine schon mit rund 40.000 zu Buche schlug.

⁷ Verfassungsschutzbericht 1974, S. 45.

⁸ Verfassungsschutzbericht 1974, S. 59.

⁹ Schreiben des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies an Erich Honecker vom 14.2.1974., SAPMO-BArch DY30/IVB2/2.028/55.

¹⁰ Eine besonders problematische Konstellation, denn ihnen standen damit auch SPD-Karrieren offen.

¹¹ Den kulturellen Graben schildert ein Post-68er: „Unvergesslich das Frühstück am 1. Mai 1975 in unserer Wohngemeinschaft: Als die Sponti-Fraktion in die Küche stürmte, um noch schnell einen Kaffee zu trinken, bevor wir zur Mai-Demonstration aufbrachen, saßen dort unsere beiden Maoisten in ihren Konfirmationsanzügen, weißen Hemden und Krawatten. Wir kriegten uns vor Lachen kaum ein über ihren Aufzug. ‚Heute ist der Festtag der Arbeiterklasse‘, erklärten sie zutiefst beleidigt und weigerten sich, zusammen mit uns in unseren schmutzigen Lederjacken zur Demonstration zu fahren.“ (Sontheimer, Michael: Rebellion ist gerechtfertigt. Bericht eines ‚Post-68ers‘. In: APuZ 20/88, S. 28).

¹² Positive Gegenbeispiele: Gerd Koenen (ehemals KBW) (Anm. 2), Götz Aly (ehemals Rote Hilfe West-Berlin): Unser Kampf 1968 – ein irritierter Blick zurück. – Frankfurt am Main: 2008.; auch die zahlreichen Arbeiten des ehemaligen Basisgruppen-AStA-Vorsitzenden Wolfgang Kraushaar.

¹³ Für den biografischen Zugriff die in Focus 36/1997 begonnene mehrteilige Serie, für einen eher analytischen Ansatz: Helmut Foft in: Rheinischer Merkur / Christ und Welt, 29.4.1988.

¹⁴ Dem Autor ist völlig geläufig, dass die Studentenrevolte auch gewichtige modernisierende demokratisierende Wirkungen nach sich zog. Sie sind indessen einerseits in dem Medienspektakel um das Jubiläum der Revolte hinreichend herausgestellt worden, andererseits geht es bei einer Betrachtung zum „Langen Marsch durch die Institutionen“ um die möglichen Fernwirkungen extremistischer Weltbilder. Dieser Aspekt bleibt nämlich im selbstreferenziellen und häufig von der Deutungsmacht der 68er bestimmten Medienrummel unterbelichtet.

¹⁵ Antikapitalistisch und staatsfixiert blieben übrigens auch die wenigen 68er, die sich im späteren Verlauf ihres politischen Irrlichterns als Nationalbolschewisten und mehr oder weniger bekennende Rechtsextremisten profilierten: Horst Mahler, der Hamburger SDS-Funktionär Reinhold Oberlercher, neuerdings mit kaum verhohlener Nähe zur NPD der Dutschke-Intimus Bernd Rabehl. Die Anzahl solcher Apostaten ist überschaubar; aber das „Anti“ des Antikapitalismus haben sie alle behalten.

¹⁶ Aly: Unser Kampf. a.a.O. (Anm. 12), S. 33 ff.

¹⁷ *Bohnsack, Günter*: Die Legende stirbt. – Berlin: 1997. – S. 33.

¹⁸ Albert Norden an Genosse Raab, Abt. Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK der SED, unter dem 14.11.1968; SAPMO-BArch DY 30/IVA2/2.028/17, Bl. 61.

¹⁹ Die Spätgeschädigten solcher – im Kern schon wieder rassistisch argumentierender – Wahngelbte sind die heutigen „Antideutschen“ im autonomen Spektrum, deren Aktivisten, von ihren universitären und intellektuellen „Einflüsterern“ abgesehen, die Jahrgänge 1980 bis 1990 umspannen dürfte. Was zu der Frage Anlass gibt, ob in pluralistischen Gesellschaften so etwas wie pathologisches Lernen existieren kann.

²⁰ *Wolle, Stefan*: Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968. – Berlin: 2008. – S. 93.

²¹ Sie besagte, dass dem „imperialistischen Block der kapitalistischen Welt“ und dem „sozialimperialistischen Block um die revisionistische Sowjetunion“ als dritte Kraft die Staaten der Dritten Welt gegenüber ständen, mit der Volksrepublik China als natürlichem Bündnispartner.

²² Dazu umfänglich: *Knabe, Hubertus*: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. – Berlin, München: 2001. Als Wolfgang Kraushaar nach Durchsicht der MfS-Akten das Ausmaß der realsozialistischen Einflussnahme publizierte („Unsere unterwanderten Jahre“, FAZ, 7.4.1998), wurde er teils beschimpft, teils belehrt, vorwiegend von solchen 68ern, die im Gravitationsfeld der DKP zu Hause waren.

²³ *Semler, Christian*: Die radikale Linke und die RAF. In: APuZ 40–41/2007, S. 3.

²⁴ Zit. nach: Albrecht, Willy: Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken. – Bonn: 1994. – S. 470.

²⁵ Dort durchaus mit umstürzender (= revolutionärer) Wirkung: Es ging ihnen schließlich darum, die Notwendigkeit einer „ganz neuen“ Unternehmensführung, die sie verkauften, klar zu machen. Es ist nicht aktenkundig, wie viele Maoisten den Weg in solche Berufsfelder gewählt haben, aber zur Ruinierung des Kapitalismus durch Zerschlagung rationaler Unternehmens- und Verwaltungsstrukturen haben sie gewiss mehr beigetragen als sie es in ihren K-Gruppen jemals vermocht hätten.

²⁶ Abwertende Bezeichnung der heutigen Autonomen für Gewerk-

schafts-, Friedens- und sonstige Demonstrationen des DKP/PDS/SPD-Spektrums, die ohne relevante Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ablaufen.

²⁷ Es sei an dieser Stelle auf einen Aspekt deutscher hoheitlicher Demonstrationskultur hingewiesen: Das mittelalterliche Ritual der Ritterspiele wird eingehalten, selbst wenn die Hüter des staatlichen Gewaltmonopols der Übermacht weichen und damit ein Stadtviertel mehr oder weniger zum Plündern freigeben müssen. Geschossen wird nicht, nicht einmal wie in der Schweiz üblich mit Gummischrot. Das hat etwas zu tun mit zwei Vorfällen: 1952 hatte eine bedrängte Polizeieinheit in Essen auf FDJ-Demonstranten geschossen und den Kommunisten Philipp Müller tödlich getroffen und am 2. Juni 1967 hatten die tödlichen Polizeischüsse auf den Demonstranten Benno Ohnesorg erheblich zur Eskalation der Studentenunruhen beigetragen.

²⁸ *W. I. Lenin: Werke*, Bd.7. S. 419 f.

²⁹ *Aly: Unser Kampf*. a.a.O. (Anm. 12), S. 130.

³⁰ *Fichter, Tilman: Die SPD und die nationale Frage*. In: Stephan, Cora (Hrsg.): *Wir Kollaborateure. Der Westen und die deutschen Vergangenheiten*. – Hamburg: 1992. – S. 107–124, zit. S. 119 f.

³¹ Wer sich für die Karrieren von KB-Aktiven interessiert, wird im biografischen Anhang fündig bei: *Steffen, Jochen: Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*. – Hamburg; Göttingen: 2002.

³² *Koenen: Das rote Jahrzehnt*. a.a.O. (Anm. 2), S. 494. Um das SB musste man sich ohnehin nicht sorgen: Seine Wissenschaftskader betrieben keine Machtpolitik und nur wenige blieben später im Milieu der PDS kleben. Die übrigen schrieben seit den späten 1970er Jahren Strategiepapiere für die verschiedenen Flügel der Grünen. Aus den Verfassungsschutzberichten verschwand die Organisation aus guten Gründen schon in den 1980er Jahren.